

## Exponat des Monats

Februar 2010

### Zwei Schreiben des FDP-Chefs Thomas Dehler an Konrad Adenauer vom 29. November 1955

Am 29. November 1955 landeten zwei brisante Briefe auf dem Schreibtisch Konrad Adenauers. Absender war Thomas Dehler, Fraktions- und Parteivorsitzender der Freien Demokratischen Partei, mit der die Union seit 1949 die Regierung stellte. Über das, was er hier lesen musste, dürfte der Bundeskanzler wenig erfreut gewesen sein. Seit Monaten schon war die Stimmung in der Koalition nicht gut, die Atmosphäre zwischen den führenden Politikern vergiftet. Mit seinen Briefen goss Dehler nun weiteres Öl ins Feuer. Die beiden Schriftstücke zeigen beispielhaft, wie sich politische Differenzen und persönliche Rivalitäten damals zu einer explosiven Mischung verbanden. Wer verstehen will, warum die Koalition wenige Monate später auseinanderbrach, ist gut beraten, einen genaueren Blick auf diese Dokumente zu werfen.

Mit dem ersten, nur drei Absätze umfassenden Schreiben reagierte Dehler auf einen viel ausführlicheren Brief Adenauers vom 22. November, in dem der Bundeskanzler eine Stellungnahme zu zwei koalitionspolitischen Problemkreisen eingefordert hatte. Die *erste Frage* betraf den allgemeinen Konsens über die Grundausrichtung der Außenpolitik und die Haltung der Liberalen zur Westintegration. Dehlers Antwort fiel scheinbar unmissverständlich aus: „Seit der Verabschiedung der Pariser Verträge hat sich an der Haltung der Fraktion der Freien Demokraten zu diesen Verträgen nichts geändert.“ Bei genauerem Hinsehen konnte der Kanzler damit aber nicht zufrieden sein. Die Ereignisse der letzten Zeit sprachen eine andere Sprache. Immer wieder hatte der FDP-Chef die im Herbst 1954 ausgehandelten Abkommen, die der Bundesrepublik im Mai 1955 die staatliche Souveränität einbrachten, öffentlich kritisiert.

Die Ursachen für dieses Sperrfeuer, das auch nach Inkrafttreten der Verträge nicht abriß, reichten einige Jahre zurück: Als Justizminister im ersten Adenauer-Kabinettt war Dehler noch leidenschaftlich für die Westintegration der Bundesrepublik eingetreten. Nach der Bundestagswahl von 1953, die der FDP empfindliche Stimmenverluste einbrachte, vollzogen die Liberalen jedoch eine politische Kurskorrektur. Dehler übernahm den Vorsitz der Bundestagsfraktion, im folgenden Jahr löste er den blass gebliebenen Vizekanzler Franz Blücher als Vorsitzenden der Bundespartei ab. Unter der neuen Führung strebte die FDP nach einem erkennbaren Profil innerhalb der Regierung. In der Außen- und Deutschlandpolitik, speziell in der Debatte um die Pariser Verträge, erkannte Dehler das Feld, auf dem die Auseinandersetzung mit der CDU zu suchen war. Das Vertragspaket sah unter anderem eine europäische Regelung der Saarfrage vor, wegen der sich die Bundesrepublik und Frankreich schon seit 1949 in den Haaren lagen. Für die FDP bot das sogenannte Saarstatut die Möglichkeit, sich als Wahrer der nationalen und territorialen Interessen Deutschlands zu präsentieren. Ende Februar 1955, als Adenauer und Dehler im Deutschen Bundestag öffentlich aneinandergerieten, war es nicht mehr zu übersehen, dass sich die Koalitionspartner auf Kollisionskurs befanden. Darüber hinaus attackierte Dehler die Vertragspolitik des Kanzlers immer wieder wegen ihrer vermeintlich negativen Auswirkungen auf die deutsche Einheit. Die vertragliche Festschreibung der Westintegration, so sah er es, verringerte

Dr. THOMAS DEHLER

BONN , 29.11.1955 136  
Bundeshaus

Durch Boten!  
Sofort auf den Tisch!

An den  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Dr. Konrad A d e n a u e r

B o n n  
Palais Schaumburg

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!


Ihr Schreiben vom 22. November beantworte ich auf Grund eines einstimmigen Beschlusses meiner Fraktion wie folgt:

Seit der Verabschiedung der Pariser Verträge hat sich an der Haltung der Fraktion der Freien Demokraten zu diesen Verträgen nichts geändert.

Die zweite Frage Ihres Schreibens berührt die Grundsätze unserer Demokratie, der Verfassung und des Wesens einer Koalition. Die Fraktion der Freien Demokraten hält es nicht für angängig, diese Probleme in einem Briefwechsel zu erörtern, der in diesen Formen unter Koalitionspartnern nicht üblich ist. Ein Gespräch ist von meiner Fraktion bei Ihnen wiederholt angeregt worden. Sie wiederholt diese Anregung.

Mit ausgezeichnete Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener



die Chancen, mit dem Osten über den sicherheits- und bündnispolitischen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands ins Gespräch zu kommen. Im September 1955 verstieg er sich auf dem Landesparteitag der niedersächsischen FDP in Uelzen gar zu dem Satz: „Es gibt keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge.“ Das Bild der Zerrissenheit, das die Koalition bei solchen Gelegenheiten abgab, schadete ihrer Glaubwürdigkeit im In- und Ausland. So jedenfalls sah es der Bundeskanzler, weshalb die Stellungnahme Dehlers vom 29. November kaum geeignet war, den Koalitionsfrieden wieder herzustellen.

Der *zweite Problemkreis*, den der Kanzler in seinem Schreiben an Dehler angeschnitten hatte, betraf die Geschlossenheit der Koalition: „Ist die Bundestagsfraktion der FDP bereit [...], bis zum Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode im Jahre 1957 so zur Koalition zu stehen [...], daß eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalition ausgeschlossen wird?“ Was auf den ersten Blick wie ein selbstverständliches Bekenntnis zur Koalitionseinheit wirkt, kam in Wirklichkeit einer politischen Erpressung gleich. Für den Fall einer nicht zufriedenstellenden Antwort stellte Adenauer nämlich fest: „Es ist besser für Deutschland, in die Bundestags-Diskussion mit einer verkleinerten, aber in sich geschlossenen Mehrheit hineinzugehen, als mit einer Koalition, die in Wirklichkeit keine Koalition mehr ist.“

Damit war der Kanzler einen entscheidenden Schritt zu weit gegangen. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus konnte er nicht daran interessiert sein, die FDP in die Opposition zu treiben. Sein eigentliches Ziel lag vielmehr darin, den streitbaren Dehler kaltzustellen und durch einen bequemerem Kandidaten zu ersetzen. Weil der ungestüme Politiker aus Franken durch seine zahlreichen Sonntagsreden an innerparteilichem Rückhalt eingebüßt hatte, schien das auch durchaus realistisch. Was die laufende Regierungsarbeit und den Bundestagswahlkampf 1957 anbelangte, wollten sich die Liberalen allerdings nicht politisch knebeln lassen. Darüber hinaus war das ultimative Kanzler-Diktat mit ihrem Selbstverständnis als unabhängige Partei unvereinbar. So erreichte Adenauer am Ende das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt hatte. Ein von langer Hand eingefädelter Misstrauensantrag gegen Dehler wurde in der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion am 29. November gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. Auf diese Weise (vorerst) im Amt bestätigt, verweigerte Dehler die schriftliche Erörterung der schwebenden Fragen und verlangte die Einberufung einer Koalitionsbesprechung. In seinem Brief an Adenauer hieß es nicht ohne Pathos, die Forderungen des Kanzlers würden „die Grundsätze der Demokratie, der Verfassung und des Wesens einer Koalition“ berühren. Dass die hiernach für den 6. Dezember 1955 anberaumte Koalitionsrunde reichlich Konfliktstoff bereithielt, lag auf der Hand.

Die Koalitionskrise wurde jedoch nicht nur durch die politischen Auseinandersetzungen geschürt. Ihre besondere Note erhielt sie durch die persönliche Rivalität, die sich zwischen Adenauer und Dehler im Laufe der Jahre aufgebaut hatte. Hierüber gibt das zweite Schreiben des FDP-Chefs vom 29. November eindrucksvoll Aufschluss. Es ist so kurz, dass es sich ganz zitieren lässt: „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Sie bestreiten mir fortgesetzt Dritten gegenüber die menschliche Zuverlässigkeit. Ich weise Ihre Vorwürfe als unbegründet zurück.“ Abschriften dieses Schreibens ergingen an die Fraktions- bzw. den Landesgruppenvorsitzenden von CDU, CSU und DP sowie an die vier FDP-Minister im Bundeskabinett.



Dr. THOMAS DEHLER

BONN , 29.11.1955  
Bundeshaus

137

Durch Boten!  
Vertraulich!  
Zur eigenen Hand!

An den  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Dr. Konrad A d e n a u e r  
B o n n  
Palais Schaumburg

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Sie bestreiten mir fortgesetzt Dritten gegenüber  
die menschliche Zuverlässigkeit.

Ich weise Ihre Vorwürfe als unbegründet zurück.

Abschriften erhalten die Herren Krone, Stücklen,  
Brühler, Blücher, Preusker, Schäfer, Schneider.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Damit war schriftlich hinterlegt, was in Bonn ohnehin schon viele wussten: Adenauer und Dehler redeten nicht gut übereinander. Die Verbitterung, die aus diesen Zeilen spricht, mag auch daher rühren, dass ihr Verhältnis in früheren Zeiten einmal ganz anders gewesen war. Dehler hatte in Bonn als Bewunderer Adenauers begonnen und sich als Justizminister leidenschaftlich für ihn in die Bresche geschlagen. Dass er bei der Regierungsbildung 1953 nicht wieder ins Kabinett berufen wurde, hatte er zwar eher seinem ungestümen Temperament und seiner eigenen Partei zu verdanken. Allerdings suchte er die Schuld hierfür in erster Linie beim Bundeskanzler, den er des groben Undanks und der Illoyalität bezichtigte. Das war der Beginn einer menschlichen Entfremdung zwischen den beiden Politikern, die zusehends in Gegnerschaft und letztlich gar in Feindschaft umschlug. Über Jahre hinweg wechselten Dehler und Adenauer kein Wort mehr unter vier Augen. Erst nach dem Ende von Adenauers Kanzlerschaft gelang es dem Bonner Journalist und Kommunalpolitiker Otto Schumacher-Hellmold, die beiden Streithähne miteinander zu versöhnen.

Zwei Schreiben vom gleichen Tag, die ein Schlaglicht auf die politische und die persönliche Dimension der Regierungskrise Mitte der 50er Jahre werfen. Im Februar 1956 brach die Koalition schließlich auseinander. Die Bundestagsfraktion der Liberalen spaltete sich in einen regierungsfreundlichen und einen regierungsfeindlichen Teil, der als Rumpf-FDP in die Opposition ging und sich dort erst langfristig wieder stabilisierte. Bei der Bundestagswahl von 1957 holte Adenauers CDU die absolute Mehrheit. 1961 kam es dann unter schweren Geburtswehen zur Neuauflage des ‚schwarz-gelben‘ Regierungsbündnisses, später wieder in den Jahren 1982 und 2009. Koalitionsstreitigkeiten zwischen Christdemokraten und Liberalen, so scheint es zumindest, haben in der Bundesrepublik also eine historische Tradition.

Text: Holger Löttel

Quelle: StBKAH, I/12.33

Adenauers Schreiben an Dehler vom 22.11.1955 ist abgedruckt in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Briefe 1955-1957, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1998, Nr. 57, S. 94-96.